

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Bohlenstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4069 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128.

Freitag, den 3. Juni 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vom „sozialen Königtum“.

Dem kindlichen Glauben an einen über den Klassen stehenden Monarchismus, der neuerdings wieder in der Berliner Herrenhausrede des Professors Schmoller zum Ausdruck kam, standen wie Sozialdemokraten immer als Keher gegenüber, ebenso wie der in ihm wurzelnde Glaube vom „sozialen Königtum“. Nicht aus republikanischer Verbissenheit, sondern in der Erkenntnis, daß der archimedische Standpunkt „über den Parteien und Interessen“ mit der Natur des Monarchismus ebenso unvereinbar ist, wie mit der Natur der Klassen. Der Monarchismus hat wie diese seine eigenen Interessen, die er vermöge seines Selbsterhaltungstriebes zu wahren und zu fördern strebt, und diese seine Interessen sind denen der bestehenden Klassen sehr nahe verwandt.

Damit soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß ein Monarch mehr oder weniger aufrichtiges Wohlwollen empfinden mag für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und einer diesen freundlichen Politik zugeneigt sein kann, zumal die monarchischen Interessen von manchem unberührt bleiben, was den Interessen der bestehenden Klassen widerstrebt. Wie in den herrschenden Klassen Vereinzelte sich über die Engherzigkeit und Beschränktheit ihrer Klasse erheben, was schon das „kommunistische Manifest“ bemerkt, kann dies auch auf Thronen vorkommen. Freilich aber ist das von keiner erheblichen praktischen Bedeutung, denn die ökonomischen Mächte, also die Klassen und ihre Kämpfe, sind maßgebend für die Gestaltung des öffentlichen Lebens, nicht ein Einzelwille. Die Geschichte zeigt, daß absolute Mächte vor den herrschenden Klassen die Segel streichen mußten, wenn sie deren wichtige Interessen zu kreuzen versuchten.

Uebrigens kennt die Geschichte — oder sagen wir bezeichnender — kennen wir aus der Geschichte überhaupt keine Beispiele von Monarchen, die in tiefgehenden Kämpfen zwischen Volk und oberen Schichten energisch und fest und selbstlos die Sache des Volkes zu der ihrigen machten und ihren Einfluß und ihre Machtmittel dafür einsetzten. Soweit der Monarchismus auf Seiten des Volkes gegen eine herrschende Klasse Stellung nahm, geschah es immer nur zu seinem eigenen Vorteil.

Die herrschende Klasse selbst bildete bekanntlich nie eine gleichartige Masse. Nach außen, dem ausgebeuteten und unterdrückten Volk gegenüber durch gemeinsames Interesse verbunden, ist sie doch wiederum im Innern durch die Verschiedenheiten des Wirtschafts- und Erwerbslebens in Gruppen von einander entgegengesetzten Interessen gespalten, die zu Zeiten scharfe Kämpfe widereinander führen, wie in der Gegenwart ihre beiden Hauptgruppen Grundbesitz auf der einen und Großindustrie samt Hochfinanz — was wir mit „Kapitalismus“ zusammenfassen — auf der andern Seite um Zölle und Handelsverträge, um den Terminhandel, um den Mittelstand und noch manches andere.

Als mit der Entwicklung des Kapitalismus der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Aristokratie immer schärfer hervortrat und zu heißen Kämpfen führte, welche die große Umwälzung vom feudalen zum bürgerlichen Rechtsstaat herbeiführten, wurde auch das Königtum von widerstreitenden Interessen bestritten. Als Besitzer großer Domänen (der König von Frankreich war in der Regel der größte Grundbesitzer im Lande) sah sich der Monarch mit den Feudalen solidarisch, mit denen ihn ohnehin Herkunft, Tradition und Ämtern, Blut- und Seelenverwandtschaft verband. Aber andererseits kamen die Reichthümer aus der neuen kapitalistischen Produktionsweise, Industrie und Warenhandel, den Bedürfnissen und Neigungen des Monarchismus ungemünzt zufließen, vor allem durch beträchtliche Verstärkung der Steuerkraft des Landes. Zwei Seelen wohnten daher im Königtum des 18. Jahrhunderts, eine feudale und eine kapitalistische, oder wie Kautsky sagt („Die Klassengegensätze von 1789“), eine „aufgeklärte“ und eine „in den Vorurteilen des Mittelalters befangene“, von diesen widerstreitenden Interessen wurde es hin und her gezerrt. Die Reformen, zu denen der aufgeklärte Absolutismus sich verstand und die allerdings der materiellen Landeswohlthat dienten, verfolgten den gleichen Zweck wie die Fürsorge des Schäfers für das Gedeihen der Schafe, die er selber will.

Es ist diese Seite der Monarchie des vorigen Jahrhunderts — heißt es in der gedachten Schrift —, die alle jene in erster Linie im Auge haben, die aus der Geschichte nachweisen wollen, daß das „soziale Königtum“, der Schutz der Schwachen vor den Starren, die Sorge für die materielle Wohlfahrt des Volkes, der „natürliche Beruf“ der Monarchie sei; ein Beruf, den leider der Parlamentarismus verunkelt, der an die Stelle der Herrschaft des über den Parteien stehenden Fürsten die Herrschaft der Parteien, der Sonderinteressen, setzte.

Die Herren, die so argumentieren, verkennen, daß das

Eingreifen der absoluten Fürsten des vorigen Jahrhunderts in die ökonomischen Verhältnisse nicht den Schutz der Schwachen zum Ziel hatte, sondern die Förderung des Nationalreichtums, d. h. der Warenproduktion. Das war aber im Grunde nichts anderes als die Förderung der Kapitalisten. Aber auch andere Maßnahmen wie Verbesserungen der Schule, Aufhebung der Leibeigenschaft usw. kamen schließlich doch auch ihnen zugute. Die Schwachen zu schützen und zu fördern, wenn es nicht eine Vermehrung des „Nationalreichtums“, also auch des Staatseinkommens versprach, wäre einem absoluten Fürsten nie eingefallen. Um das Proletariat, das arbeitende wie das Lumpenproletariat, kümmerten sich die Regenten des vorigen Jahrhunderts in der Regel nur insofern, daß sie für dessen politische Niederhaltung sorgten. Und Bauer und Handwerker wurden, wenn überhaupt, auch nur soweit geschützt, als ihre Steuerfähigkeit in Betracht kam.

Historische Belege können sonach die Minister, Sozialpolitiker und Professoren für den Glauben an die über den Klassen stehende soziale Monarchie, den sie den Arbeitern predigen, nicht beibringen.

Sie suchen aber diesen Glauben auch mit einem Argument aus der Gegenwart zu stützen, indem sie darauf hinweisen, daß das monarchische Deutschland „an der Spitze der Sozialreform“ marschiere. Dieses Argument hinkt jedoch auf beiden Beinen. Erstens: wenn auch zugegeben werden muß, daß die sozialpolitische Gesetzgebung auf einzelnen Gebieten derjenigen anderer Länder voran ist, was ja auch Babel im Reichstage anerkannt hat, so stehen dem wiederum entgegen die unzähligen politischen und kriminellen Drangsalierungen der politisch und gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter und ihre Zurücksetzungen und Entrechtungen. Zweitens aber sind die sozialen Reformen mit nichten hervorgegangen aus dem spontanen Eingreifen des Monarchismus, sondern sie sind die Früchte der in Deutschland mehr als in jedem andern Land erstarkten klassenbewußten Arbeiterbewegung, die nicht länger ignoriert werden konnte. Man sah sich genötigt, den Weg der sozialpolitischen Gesetzgebung zu beschreiten, in der Rücksicht und Hoffnung, mit diesem Del die immer höher gehenden Wogen der proletarischen Bewegung zu beschwichtigen. Es ist Sertum oder Furcherei, sie dem Monarchismus als Verdienst anzurechnen.

Wie aber, müssen wir schließlich fragen, können jene Minister, Sozialpolitiker und Professoren es mit ihrem in Rede stehenden Glauben zusammenreimen, daß die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse, die böswilligsten Scharfmacher, die nach Verkümmern des Arbeiterwahns lechzen und nach neuen Ausnahmegesetzen zur Knebelung der Arbeiter trachten, die Ausbrüder infamer Entrechtungen der Landarbeiter, die Brotwucherer und Lebensmittelvertreuer e tutti quanti — die Favoriten der Höfe sind, daß sie den Gefährten so nahe stehen und in der fürstlichen Huld sich sonnen dürfen? Wenn in der Brust des Monarchismus ein so warmes Herz für die wirtschaftlich Schwachen pocht, wie jene Herren Minister, Sozialpolitiker und Professoren versichern, müßten dann nicht jene fanatischen Scharfmacher aus dessen Nähe verbannt sein? Wird wohl ein Monarch jemand, der z. B. bei jeder Gelegenheit seinen Widerwillen gegen den Militarismus offenkundig zur Schau trägt, in seiner nächsten Umgebung dulden? Hierauf möchten wir gern eine Antwort haben.

Rußland und Japan.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz liegen heute nur verhältnismäßig wenige Nachrichten vor. Nach einem aus Tschifu gemeldeten chinesischen Gerücht wurde angeblich Dienstag sechs englische Meilen von Port Arthur eine Schlacht geschlagen. Bestätigung fehlt. An der Berliner Börse waren Mittwoch in den Nachmittagsstunden Gerüchte über eine andere Schlacht verbreitet, in der angeblich Kurapatkin eine schwere Niederlage erlitten haben sollte. Eine Bestätigung auch dieser Nachricht liegt bisher nicht vor. Einer Meldung der „Daily Mail“ aus Nintschouang zufolge kamen daselbst sechs Chinesen an, die am Dienstag zu Fuß aus Port Arthur entkommen sind. Sie berichteten, daß dort Hungersnot herrsche und daß dieselben noch feigen. Viele Einwohner essen chinesische Nahrung und auch diese sei teuer. Ganze Straßen, auch verschiedene öffentliche Gebäude hätten durch die japanischen Geschosse gelitten; jeden Tag werde gekämpft, die Hospitäler seien überfüllt von Kranken und Verwundeten. Die Toten würden weit in das Land hinausgeschafft und dort ohne Zeremonie beerdigt. Die Garnison der Küstenbefestigungen sei auf die niedrigste Zahl reduziert. Die Reparatur der beschädigten Schiffe sei eingestellt und die Kanonen derselben aus Land genommen worden. Alle Zivilisten tun militärischen Dienst. Diebstahl werde mit dem Tode bestraft. Die allgemeine Gesundheit der Einwohner sei gut, die Chinesen aber fürchten vor Hunger. Die japanischen Linien erpedierten sich ganz über den engsten Teil der Halbinsel und seien durch eine Kette von Erdbeben gefährdet, auf denen große Kanonen aufgestellt sind. Die Eisenbahn bis Nintschou sei ganz zer-

stört, zwischen Nintschou und Wafangtien habe sie häufige Lücken. In letzterem Orte befanden sich 15 000 Japaner, aber weiter nördlich seien keine Japaner zu gewesen. Beim Kampfe um Nintschou seien 200 Chinesen von japanischen Geschossen getötet worden. Aus Petersburg wird der „Daily Mail“ noch gemeldet, Kurapatkin habe befohlen, daß alle Frauen und Kinder sofort Liaohang, Mukden und Charbin verlassen sollen.

Ein Telegramm Alexejews nach Petersburg vom 31. Mai besagt: „Ich habe heute Berichte der Konteradmirale Witthöft und Grigorowitsch erhalten, die bis zum 28. zurückgehen. Auf der Reede von Port Arthur sind viele japanische Minen gefunden und zur Explosion gebracht worden. Die Japaner verwenden jetzt offenbar statt der Sperrschiffe Sperrminen, die sie von Handelsschiffen auslegen lassen.“

15 bis 1600 Minen, die bei Dalny ausgelegt worden waren, sind, wie aus Tokio gemeldet wird, aufgefunden worden; ihre Entfernung bereite den Japanern die größten Schwierigkeiten.

Bei Sumentse ist nach französischen Meldungen eine Kosakenabteilung, deren Stärke auf 300 Mann angegeben wird, aufgerieben worden; nur wenige entkamen. Ueber Paris wird ferner noch aus Seoul gemeldet, daß die japanischen Garnisonen von Sul und Lingjang auf ein Minimum beschränkt worden sind. Alles verfügbare Militär wurde zur Unterstützung der Garnison von Gensan entandt, das von 700 Kosaken und angeblich nachfolgender russischer Infanterie bedroht ist. Die Kosaken sollen bereits ein Zusammentreffen mit koreanischem Militär gehabt und dieses in die Flucht geschlagen haben. Kanonen führen die Russen nicht mit, die japanische Entschaffung hat dagegen Berggeschütze mit sich.

In Wladiwostok ist nach einer Meldung des „Verl. Tagbl.“ aus Petersburg angeblich alles ruhig. Eine koreanische Barke flog in der Betschibai beim Auffahren auf eine japanische Mine in die Luft.

Die „Times“ veröffentlichen weitere Einzelheiten über die Schlacht von Nintschou, die ihr von Bord des „Haimun“ zugehen. Danach ist der Rückzug der Russen stellenweise in zügellose Flucht ausgeartet. Die zweite Stellung, 12 oder 14 englische Meilen von Port Arthur, wohin sich die Russen zurückzogen, ist wenig günstig. Sobald General Oku in der Lage sei, seinen ersten Vorstoß wieder aufzunehmen, müßten die Russen auf ihre letzten Verteidigungswerke vor Port Arthur zurückfallen.

Die russische Regierung bestellte, dem „Sof.-Anz.“ zufolge, in Triest erneut fünf Kreuzer im Werte von 60 000 000 Kronen. Der Triester Lloyd übernimmt die Lieferung der Schiffe, der Maschinen und der Panzerung, aber nicht der Artillerie, um nicht die Neutralität zu verletzen; die Kreuzer sollen eine Geschwindigkeit von 21 Seemeilen in der Stunde erhalten. Auch aus Kiel wird über russische Schiffsanläufe berichtet. Wie die „Kiel. Zeitung“ meldet, wurde der dort liegende Bremer Schlepper „Unterwieser 12“, ein Fahrzeug mit Maschinen von 600 Pferdestärken, nach Rußland verkauft, angeblich für militärische Zwecke.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bülow in Vertels Armen! Zu lange hat die Welt auf dieses menschlich-rührende Schauspiel gewartet, das jetzt glücklich eingetreten ist. An demselben Tage, an dem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die in Berlin eingetroffenen österreichisch-ungarischen Unterhändler in freiem Amtsdeutsch begrüßte, veröffentlichte die Bülow offiziöse „Münchener Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, der offen den Völkrieg androht. Der neue Zolltarif, heißt es da, werde ganz unzweifelhaft in Kraft gesetzt werden. Die Regierung wolle zwar alle Mühe aufwenden, um die Kündigung der alten Handelsverträge vor der Sicherung neuer zu vermeiden, aber die Kündigung werde doch eintreten müssen, wenn die Unnachgiebigkeit der fremden Regierungen einen anderen Weg nicht gestattet. Die Kündigung der alten Handelsverträge vor dem Abschluß neuer bedeutet nun natürlich nichts anderes als das allerletzte Stadium vor dem Völkrieg, der dann kaum mehr zu vermeiden wäre. Der Völkrieg bedeutet aber weiter für Deutschland die Inkraftsetzung des blanken, durch keinerlei Verträge abgemilderten neuen Zolltarifs, jenes Zolltarifs, von dem die offizielle Wahlagitationschrift der nationalliberalen Partei sagte, seine Wirkungen würden Deutschland binnen drei Wochen in die Hungersnot und in die Revolution „treiben“, jenes Zolltarifs, von dem die Vertreter der Regierung in der Kommission hundertmal gesagt haben, daß er unmöglich und unannehmbar sei. Ja — Graf Bülow macht alles! Er hat sich anfänglich gegen Positionen des Tarifs aufgestellt, die sogar sehr agrarisches Herz als Ausschreitungen des Schutzollfieber

empfang, um diese Aenderungen später widerspruchlos zu schließen. Er hat die Theorie vertreten, die alten Handelsverträge müßten zu den neuen hinübergeleitet werden, und sein Vertreter Graf Posadowsky hat in der Kommission ausdrücklich erklärt, wenn es infolge eines unmöglichen Tarifs zu keinen neuen Handelsverträgen kommen sollte, würden einfach die alten weitergelten. Jetzt aber hat er sich den Mantel, Kirchbach und Olbenburg auch in der Frage der Handelspolitik löblich unterworfen — wenigstens tut er so — und empfängt von Dertels „Deutscher Tagesztg.“, die noch vor wenigen Tagen zum Sturm gegen ihn blies, schmerzliches Lob. Die österreichischen Unterhändler, die so unfreundlich begrüßt worden sind, sind die Vertreter vorwiegend agrarischer Interessen. Ein Vertrag mit ihnen wäre natürlich nur auf der Grundlage denkbar, daß sich Oesterreich Zugeständnisse auf agrarischem Gebiet durch solche Deutschlands auf industriellem Gebiet abkaufen ließe. Ein neuer Vertrag mit Oesterreich würde also unzweifelhaft zu einer Verringerung unserer industriellen Ausfuhr und zu einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes führen. Verlangt aber Oesterreich Erleichterungen für seine agrarische Einfuhr nach Deutschland, wie sie die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die Junker nicht machen zu können glaubt, ist der Zollkrieg fertig, dessen Milliarden-Kosten die Industrie, also in erster Linie die Arbeiter, zu tragen hätten.

Diäten für die Reichs! In der bayerischen Kammer nahm Dienstag der Finanzminister Febr. v. Riedel Gelegenheit, gegenüber einem von dem Abg. Dr. Richter erhobenen Gerücht, daß die bayerische Regierung hauptsächlich davon schuld sei, daß der Reichstagsabgeordnete Diäten nicht gewährt werden, zu erklären, es sei ihm von einer derartigen ablehnenden Haltung der bayerischen Regierung, welche für die anderen Regierungen bestimmend gewesen wäre, nichts bekannt. Die bayerische Regierung sei im Gegenteil nicht prinzipiell gegen die Gewährung der Reichstagsdiäten; sie denke auch nicht an eine Aenderung des Wahlgesetzes. Die bayerische Regierung sehe der Gewährung von Diäten sehr freundlich gegenüber und sie erkenne vollständig an, daß gerade für die süddeutschen Abgeordneten die Gewährung von Diäten von größerer Wichtigkeit sei als für die norddeutschen. — Es ist schon seit langer Zeit bekannt, daß der Widerstand gegen die Einführung von Reichstagsdiäten hauptsächlich von Preußen ausgeht.

Agrarier und andere Leute. Prinz Ludwig, der bayerische Thronfolger, hat durch seine Aeden für die Kanalpolitik, durch seine Mahnungen an die Landwirte, fleißig zu arbeiten und sich nicht ausschließlich auf die Hilfe des Staats zu verlassen, und durch ähnliche Aeußerungen schon mehrfach den Unwillen der Agrarier erregt. Neuerdings hat er gar die Zustimmung an die Bändler gerichtet, zu bedenken, daß sie nicht allein auf der Welt sind, und daß es außer ihnen noch andere Menschen gibt, die leben wollen. Auf dem Begriffsabend der Wanderversammlung bayerischer Landwirte in Rothenburg o. T. sagte der Prinz: „Es sei falsch, die verschiedenen Berufsstände gegeneinander auszuwetzen: das Zusammenwirken aller dazu zu günstigen Erfolgen führen. Es sei ja selbstverständlich, daß jeder Beruf zunächst für sich selber sorgt, und der wäre ein Tor, der es nicht täte. Aber er muß bedenken, daß andere Menschen auch auf der Welt sind und genau dieselben Rechte haben zum Leben. Auf dieser gegenseitigen Ueber- einkunft und Rücksichtnahme beruht die Existenz des Staates und der allgemeinen Wohlfahrt.“ — Prinz Ludwig kann sich auf allerhand Liebesworteinheiten aus dem agrarischen Lager gestützt machen. Andere Menschen sollen genau dieselben Rechte haben wie die Agrarier! Unerbört!!

Ueber die Staatsrechtstheorie des Herrn von Jagemann schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Mit einer Ja- und Ausland verhältnißlosen rechtsrechtlichen Lehre hat der neue Heidelberger Professor v. Jagemann, vordem bayerischer Gesandter in Berlin, zu Paris das deutsche Volk belehrt. Das Reich sei nur der Bundesvertrag der deutschen Regierungen und, wie jeder Vertrag — dies sei eine Forderung „juristischer Romantik“ — bei beharrlicher Meinungsverschiedenheit auflösbar. Hiernach stehe den Bundesstaaten und ihren Städten allein das Recht zu, durch ihren einseitigen, einseitigen Beschluß — ohne Zustimmung des Reichstages! — den Bund und seine Verfassung aufzuheben und einen neuen mit neuen Einrichtungen zu schaffen. Mit Jag sieht dieser Einfall, der den Namen einer Theorie nicht verdient, schärfsten Widerspruch; auch die beiden Spezialisten des Prof. v. Jagemann, die Professoren Jellinek und Aschütz, haben Gegenerklärungen erlassen. Das Reich beruht auf einem Vertrag, aber daraus ist es kein Vertrag. Der Bundesvertrag ist nicht das Gesetz. Das Reich ist ein durch Vertrag ins Leben getretenes Staatsgebilde; seine Verfassung keine Vertragsurkunde, sondern ein besonders charakteristisches Reichsgesetz. „Der Vertrag gilt“ — nach einem zureichenden Worte Hübner — „denn, eines neuen Staats zu gründen und sich der Verfassung dieses Staates zu unterwerfen.“ Aenderungen sind daher nur möglich im verfassungsmäßigen Rahmen des Bundesstaats und Reichstages (Art. 5, 78 R. V.). Auch die Ehe, was ein unabweisbares Analogon heranzuziehen, ist nicht durch Vertrag, ist die Ehe durch Vertrag auflösbar? Die Ehe zwischen den deutschen Völkern und Kaiser ist jetzt schon gelöst, nicht der Ehenarrat; beide Teile haben sich mit der Aufhebung der Eheverbindung auch unter sie gestellt. Die Frau jenseitige Welt ist jetzt nicht zur Ablehnung einer „Ehe“, die ihnen einen literarischen Beruf, was auch nicht eintrifft, heranzuziehen kann zu bringen. — Ganz recht; aber vor dem Reich und der Justiz ist es nicht die „Ehe“, sondern die „Ehe“ nicht be- stehen zu lassen. Sie können ruhig über so etwas sein, wie ihre Ehe; wenn sie nur „Ehe“ genug sind, um ihre Demut zu bewahren. Das ist die Haupt- sache.

Ein Gewissensbitt. In Dresden fanden am 22. und 23. Berliner Gewissensbittungen statt. In dem ersten war der bayerische Richter, General Karl Leib, durch Gewissensbittungen wegen Verurteilung eines Mannes er- wähnt worden. In 40. Brief wurde die Antwort er- wartet, weil der bayerische Staatsanwalt behauptet, General Dr. Freudenberg, wegen entsetzlicher Missethat- ten nicht angeklagt zu werden. Die beiden Gewissensbittungen

brachten wiederum den sozialdemokratischen Kan- didaten den Sieg. Im 32. Wahlbezirk wurden ins- gesamt 2171 Stimmen abgegeben, von denen Genosse Led- 2167 erhielt, während sich vier zerplitterten. Dieser er- freuliche Ausfall der Wahl wurde unserem im Gefängnis sitzenden Genossen sofort telegraphisch mitgeteilt. — Im 40. Wahlbezirk wurden abgegeben 2109 Stimmen; es er- hielten Rechtstet Friedrich Leßig (Kartell ltb.) 999 Stimmen; Privatdozent Dr. Leo Aron (Soz.) 1710 Stimmen; Dr. Leo Aron ist somit gewählt. Die Zahl der einge- schriebenen Wähler in diesem Bezirk betrug 6227. In der letzten Wahl erhielt Genosse Dr. Freudenberg 1421 Stim- men, auf die beiden bürgerlichen Kandidaten entfielen 740 Stimmen. Die bürgerliche Partei verlor somit bei dieser Wahl 311 Stimmen.

Für ein Dementi nicht zu dum. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Unter Berufung auf eine der Tages- politik fernstehende Zeitschrift wurde in der Presse erzählt, ein zum Kriegsschauplatz in Ostasien kommandierter deutscher Offizier nehme ein ziemlich umfangreiches Hand schreiben des Kaisers an den Generaluropatkin mit. Wir können diese sogenannte Information als eine fette Ente bezeichnen. Bei dieser Gelegenheit mag allgemein vor den Meldungen gewarnt sein, mit denen man in der ausländischen Presse Deutschlands Neutralität zu verthätigen sucht. Beispielsweise verbreitete der „Daily Chronicle“ unter der Ueberschrift „Kaisers Dogg for Russia“ eine Depesche des russischen Bureaus aus St. Petersburg, wonach der Kaiser drei in Deutschland aus- gebildete Schäferhunde für den Wacht- und Ambulanzdienst einer russischen Gesell- schaft zu überlassen befohlen habe, nachdem die deutschen Militärbehörden einem dahingehenden Gesuch nicht entsprochen hätten. Diese nett klingende Geschichte hat ebenfalls den Fehler, nicht wahr zu sein.

Weltausstellungs-Adressen für Wilhelm II. Nach der „Wiener Neuen Freien Presse“ soll in Saint Louis ein „Goldenes Buch“ ausliefern, in das sich alle jene in Amerika lebenden Deutschen einschreiben sollen, die dem deutschen Kaiser, dem das Buch nach der Ausstellung überreicht werden soll, ihre Sympathie zum Ausdruck bringen wollen. Dieses merkwürdige Plebiszit für die Person eines ausländischen Monarchen soll offenbar, meint dazu der „Vorwärts“, nach der Absicht der Unternehmer den heutigen reichsdeutschen Sympantismus als Weltausstellungs-Gegenstand vorzuführen. Man sollte vermuten, daß die amerikanischen Republikaner dieser neuen Gepflogenheit keinen Geschmack abgewinnen werden. Auch hört man nicht, daß die andern Nationen für ihre Oberhäupter ähnliche Adressensammlungen in Saint Louis angelegt haben.

Die württembergische Kammer hat Mittwoch nach mehrtägiger Verhandlung einen Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für die un- verzögerte Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter, zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch der Staatsregierung gegen- über einzutreten und für den Fall, daß die bei der Reichs- behörde zur Zeit im Gange befindlichen, auf Schaffung dieser Vertretung gerichteten Bestrebungen ohne Aussicht auf Erfolg verlaufen, dem Landtage den Entwurf eines auf Aenderung gerichteten Landesgesetzes vorzulegen.

Wegen der Vorgänge bei der Landtagswahl in Nidzorf war bekanntlich, wie f. Bt. berichtet, von der „Post“ gegen sozialdemokratische Wahlmänner die Einleitung eines Verfahrens wegen „groben Unfugs“ mehrfach gefordert worden. Das Schöffengericht hat die Einleitung des Haupt- verfahrens abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte hiergegen Beschwerde erhoben. Aber auch die Strafkammer hat nach dem „Vorwärts“ jetzt den Antrag auf Einleitung des Haupt- verfahrens zurückgewiesen, weil nicht anerkannt werden könne, daß die Wahlmänner, auf deren Kreis die in Frage kom- menden Befähigungen nach den angestellten Ermittlungen beschränkt geblieben seien, ein Publikum im Sinne des gro- ben Unfugparagrafen seien. Mag ihre Zahl, so heißt es in der Entscheidung der Strafkammer, immerhin eine größere gewesen sein, so war sie doch keine unermessbare, wie zum Beispiel diejenige der Mannschaften und Offiziere eines größeren Regiments, auch standen sie mit Rücksicht auf den ihnen übertragenen Amt, dessen Ausübung sie zusammen- gefaßt hatte, in gewissen Beziehungen zu einander. Sie können deshalb nur als ein individueller begrenzter Per- sonenkreis angesehen und nicht dem Begriffe „Publikum“ im Sinne des § 360 des Strafgesetzbuchs unterstellt werden. Die „Post“ ist über diese Abweisung ihrer Demütigung natürlich höchst unzufrieden.

Polizeilich geschützte Verbrecher. Der preussische Minister des Innern hat, wie die „Berl. Neue Nachr.“ erfahren, im Einvernehmen mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem Justizminister bestimmt, daß die preussischen Polizeibehörden allen ihnen unmittelbar zu- gehörenden Erfahren englischer Verbrecher um vorläufige Fest- setzung in England verfolgter Verbrecher, sowie etwaigen Anträgen englischer Behörden auf Beschlagnahme von brief- lichen oder telegraphischen Mittheilungen zum Zweck der Er- mittlung flüchtiger Verbrecher insoweit grundsätzlich nicht mitzugeben haben, da die Geheimsamkeit in dieser Hinsicht von englischer Seite nicht zugesichert ist. Die preussischen Polizeibehörden haben sich auch ihrerseits derartigen Anträge bei den englischen Behörden zu enthalten. — Englische Räuber und Mörder haben sich in Fragen eine Freistadt, welche Defeatoren aber werden ohne weiteres ihren Hintern anzusetzen.

Neues aus Südwestafrika. Bei einer Dynamit- Explosion in St. Johann-Albrechtshöhe in Deutsch-Südwestafrika sind nach einer im „Militär-Wochen- blatt“ veröffentlichten Berlechnung der Ritter Arthur Reding (früher im Niederst. Bez. Nr. 5) schwer und der Ritter Wilhelm Reuter (früher im 1. B.-B.-R. Nr. 1) tödtlich verwundet worden. An Krank- heiten gestorben sind in der Zeit vom 9. bis 23. Mai von den Truppen in Deutsch-Südwestafrika 8 Mann; an Herzkrankheiten der Ritter Hermann Rine, Arthur Krüger und Adolf Joch in Lagardt Dyrhøwens, an Darmtuberkulose der Schwere Leijes im Lagerort Dyrhøwens, an Typhus der Ritter Bohmann in Primmershop, der Schwere Hoffmann im Lagerort Swakopmund, der Ritter Arnold im Lagerort Swakopmund und der Schwere Joch im Lagerort Karibib. Keine politische Nachrichten. Die Haager Kon-

vention von 1902 über das internationale Familienrecht (Ehe, Ehebruch, Trennung von Tisch und Bett, Vormundschaft) ist Mittwoch, wie aus dem Haag berichtet wird, von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien und Schweden ratifiziert worden. — Anlässlich der Militär- schlägerei in Langfuhr ist über sämtliche Mannschaften des 1. Leib-Gusaren-Regiments und des Trainbataillons Kasernen- arreft verhängt worden, derart, daß nach 7 Uhr abends kein Mann die Kaserne verlassen darf; kein Urlaub wird bewilligt. Wahrscheinlich, so wird dem „Berl. Lok- Anz.“ geschrieben, qualifiziert sich die Angelegenheit als militärischer Aufruhr, da weder das Einträten Vorge- setzter noch der Kasernenwachen von den Kämpfenden respektiert wurde. — Der Staatssekretär der Ver. Staaten Hay richtete an die französische Re- gierung das Ersuchen, ihre guten Dienste anzuwenden, um die Freilassung des von dem marokkanischen Räuber Kaisuli gefan- gen gehaltenen Amerikaners Perdicaris zu erwirken. Frankreich hat die Erfüllung dieser Aufgabe übernommen. — Brasilien kündigte den Han- delsvertrag von 1901 mit Peru. Es gehen an- dauernd brasilianische Truppen nach der Grenze. 6000 Mann sind nach einer Savas-Meldung bei Altojuruva kon- zentriert. — Die Regierungstruppen von Uru- guay haben den Aufständischen in mehreren Zu- sammenstößen schwere Verluste beigebracht.

Rußland. Ein Hungerstreik, an dem gegen 100 Eingekerkerte teilgenommen haben, hat wieder einmal in dem War- schauer Gefängnis Pawiak, das z. B. mit Politischen überfüllt ist, stattgefunden. Zu diesem außerordentlichen Umwehrmittel sind die Politischen durch allerlei Schikane der Gefängnisverwaltung gedrängt worden, die den Aufenthalt im Kerker geradezu unerträglich machten. Die „Streikenden“ erklärten am 17. Mai den Beginn des allgemeinen Hunger- streiks, wobei sie der Verwaltung folgende Forderungen ein- reichten: 1. Sofortige Haftentlassung des kranken Sch. Dresdener (der schwer lungenkrank ist und Blut spuckt), 2. Gewährung eines viertelstündigen Spaziergangs täglich an die in der Untersuchungsanstalt befindlichen, 3. Verbesserung der Gefängnisloft, 4. Einführung der Beleuchtung in den Zellen auf Staatskosten, 5. Gewährung von Besuchen seitens der Angehörigen einmal die Woche und der freien Aus- sprache mit ihnen ohne das Gitter dazwischen, 6. der Emp- fang von Besuchen der Angehörigen darf nicht im Wege der Disziplinarstrafe verboten werden, 7. Erlaßnis an alle Ein- gekerkerten, frei Zigaretten rauchen zu dürfen, 8. Mittheilung der endgültigen Urteilsprüche an diejenigen Politischen, die schon lange in der Untersuchungsanstalt sitzen, sowie an die am 4. Mai bei dem demonstrativen Begräbnis des Genossen Wizenkiewicz verhafteten Studenten. Endlich 9. sofortige Haft- entlassung des 14-jährigen Jungen Czarnobrody. Der Hungerstreik dauerte drei Tage, vom 17. bis 20. Mai, und wurde beendet, nachdem die Verwaltung teilweise Zu- geständnisse gemacht hatte.

Der durchgeprügelte Minister. Nach Paris wird aus St. Petersburg gemeldet: Fürst Dolgorucki, der seinerzeit als Kandidat für den bulgarischen Fürstenthron genannt wurde, erwartete den Minister des Aus- wärtigen, Grafen Lambsdorff, auf einer Promenade und fügte ihm eine tödtliche Beleidigung zu. Man glaubt, daß Fürst Dolgorucki von rein politischen Motiven beeinflusst war. Im Publikum herrscht nämlich Verstimmung gegen Lambsdorff, weil angeblich durch seine Schuld die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Be- ziehungen zu spät nach Port Arthur gemeldet worden ist, so daß die Russen dort durch den japanischen Torpedoangriff überrascht wurden. In diplomatischen Kreisen verlautet da- gegen, daß die Politik in dieser Prügelfrage nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Gelungene Flucht. Im städtischen Gefängnis von Dvinsk gelang ein Fluchtversuch. Während der Ge- fängnisauflieferung sich mit den spazierengehenden Gefangenen unterhielt, kletterte der Flüchtling, selbstverständlich ein poli- tischer Gefangener, über die Gefängnismauer und entkam glücklich. Dem Flüchtling ist es nun schon zum vierten Mal gelungen, aus den Klauen der zarischen Polizei zu entkommen.

Oesterreich-Ungarn. Die Lage der Bauarbeiter in Wien gestaltet sich von Tag zu Tag günstiger, da die Zahl der Bauten, wo die Arbeit wieder aufgenommen wird, im stetigen Wachsthum begriffen ist. Jetzt wird bereits an 77 Bauten weitergear- beitet. Nichtsdestoweniger hält der Wegzug von Bauarbeitern aus Wien an.

Frankreich. Die jüngste Skandalaffäre, die Entdeckung neuer Fälschungen im Dreyfus-Prozess, zieht immer weitere Kreise. Außer D'Autriche sind noch drei weitere Offiziere, Francois, Roland und Arcael, verhaftet worden. Sie werden der Teilnahme an den von D'Autriche begangenen Ver- fehlungen beschuldigt, resp. beschuldigt, D'Autriche zu den von ihm ausgeführten Fälschungen angezogen zu haben. Roland war 1894 Hauptmann im zweiten Bureau unter Befehl des Obersten Santerre, wurde während des Dreyfus- Prozesses inaktiv, kehrte aber 1898 in das zweite Bureau zurück, wo er der Nachfolger Henri wurde. Der hies- vorer Selbstmord begangen hatte. Im Prozess von Rennes wurde er über die Beträge verhört, welche dem Agenten Rajou ausbezahlt worden waren, sowie über das Pro- gramm des österreichischen Militärattachés Schneider, welches von dem General Mercier in dem Prozess vorgelegt worden war. Der Brüsseler „Soir“, der sich in der Dreyfusaffäre bisher immer sehr gut unterrichtet gezeigt hat, will noch aus zuverlässiger Quelle erfahren haben: Bedeutende Summen seien, wie der Kassationshof jetzt entdeckt, seit 10 Jahren angeblich als Bezahlung für Spioneleistungen gebucht worden, tatsächlich jedoch in die Taschen der Fälscher ver- senkt worden. Nunmehr müsse der Arm der Gerechtigkeit hoch hinaufreichen, um alle Schuldigen zu treffen, die seit Anbeginn der Dreyfusaffäre Gelder der Landesverteidigung unterschlagen haben. Darin wird auch die erste Ursache der Entstehung des Dreyfusprozesses im Jahre 1894 gesucht. Die Mitglieder des Generalkabes, die stets Dreyfus be- zeugten wollten, sollen aus der Klasse des 2. Bureau groß- geldbedürftig befriedigt haben, für die weder ihr persön- liches Vermögen, noch die Gehälter ausreichten. Es wird erwartet, daß die bis jetzt unter Anklage gestellten Offiziere

den ganzen Skandal aufdecken werden, indem sie beweisen, daß sie nur die Befehle ihrer Vorgesetzten ausführten.

Spanien.

Ein Manifest. Seit den von der Reaktion ungeheuer aufgebauschteten letzten „Mitteltaten“ haben die spanischen Arbeiter, vor allem aber ihre Presse, keine ruhige Stunde mehr. Daher wendet sich Federico Ucoles im Namen der Redaktion von „Tierra y Libertad“ („Land und Freiheit“) an die gerecht denkenden Menschen der ganzen Welt mit folgendem Aufruf: „Freunde! Seit dem Attentat in Barcelona auf das Leben des Ministerpräsidenten hat man die revolutionäre Presse Spaniens verhindert, von den grausamen Martern zu sprechen, die gegen die Bauern von Ucala del Valle ausgeübt worden sind. Daher ist es uns völlig unmöglich gemacht, über die spanische Inquisition zu berichten, und wir bitten die edlen Menschen der ganzen Welt, wenigstens außerhalb Spaniens den Feldzug der Gerechtigkeit zu unternehmen, den wir nicht führen können, und mit dessen Hilfe soviel unschuldige, der spanischen Priesterherrschaft geweihte Opfer den entsetzlichen Martern unseres Landes entzogen werden könnten. Brüder, Freunde, Genossen, helft uns durch eine internationale Vereinigung zur Erlangung von Gerechtigkeit gegen die Tyrannen der Erde!“

Vereinigte Staaten.

Ausstand. 1800 Arbeiter, darunter zahlreiche Ungarn und Italiener, der Dominion Iron and Steel Works in Sydney, New-Scotland, sind, einer Kabelmeldung aus Halifax zufolge, wegen Lohnstreitigkeiten ausständig. Die Arbeiter der Dominion Coal Company drohen gleichfalls zu streiken, falls die Eisen- und Stahlwerke neue Arbeiter heranziehen.

China.

Die Reorganisierung Chinas. Ein Korrespondent der „Times“ teilt seinem Blatte die Pläne Sir Robert Harts mit, der bekanntlich der Chef der chinesischen Zollverwaltung ist, um China finanziell „wiederaufzubauen“ und eine militärische und maritime Organisation durchzuführen. Zu Grunde gelegt ist die Einführung einer bedeutenden Grundsteuer, welche ungefähr die Hälfte den Bodens von ganz China betreffen würde. Die Einnahmen sind veranschlagt auf 400 Millionen Taels. Davon soll zunächst die Armee reorganisiert werden, welche bestehen soll aus vier Armeekorps von je 50 000 Mann. Nach 10 Jahren soll so eine Armee geschaffen sein, die mit den Reserven 500 000 Mann ausmachen würde bei einem jährlichen Etat von 50 Millionen Taels. Ferner soll eine Flotte von drei Geschwadern geschaffen werden, jedes von 10 Schlachtschiffen oder erstklassigen Kreuzern; die drei Geschwader sollen im Ganzen 240 Schiffe umfassen. Die Kosten hierfür sollen nicht mehr als 200 Millionen Taels betragen und sich auf 10 Jahre verteilen. Für die Zivilverwaltung ist mehr aufgesetzt als für Meer und Flotte zusammen. Die Beamten sollen völlig ausreichend besoldet werden, so daß für sie kein Anlaß mehr zu Exzessen und Verschwendung des Volkes vorliegen kann. Die veranschlagte Einnahme ist 13 Mal so groß als das gegenwärtige Ergebnis der Grundsteuer.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 2. Juni 1904.

Der Streit der Stettiner Seelente ist nunmehr, nachdem die Forderungen auf Erhöhung der Monatsheuer und Regelung der Arbeitszeit abgelehnt haben, perfekt geworden. Zugung von Seelenten nach Stettin ist streng fernzuhalten, desgleichen ist das Anmehren auf von Stettin fahrenden Schiffen unter allen Umständen zu vermeiden.

Einem offenen Brief an die Mitglieder sämtlicher Fachverbände in Lübeck veröffentlicht Herr Junge im Inseratenteil des „General-Anzeiger“. Wir würden uns mit diesem komischen Ding nicht näher befassen haben, wenn demselben nicht ein Nachsatz angehängt wäre, in welchem behauptet wird, wir hätten die Aufnahme dieses Briefes im Inseratenteil gegen Bezahlung abgelehnt. Diese Behauptung ist völlig aus den Fingern gesogen. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Am Dienstag Vormittag kam ein Mann mit obigem als Eingekauft abgefaßten Brief zu uns auf die Redaktion und wünschte im Auftrage des Herrn Junge die Aufnahme desselben im Lokalen, also redaktionellen Teil. Wir lehnten dieses Ansuchen u. A. mit der Motivierung ab, daß der Bäckereistreik ja jetzt beendet sei. Von einer Ausnahme als Inserat gegen Bezahlung hat der Beauftragte des Herrn Junge auch nicht eine Silbe gesagt. — Wir möchten also an Herrn Junge das Ersuchen richten, für die Folge keine aus der Luft gegriffenen Behauptungen aufzustellen.

Die Aufforderung des neugeborenen Hamburger Wirtschaftlichen Schutzverbandes zur Verteilung recht großer Quantitäten boykottierten Bieres findet die vollständige Billigung des freisinnigen Herrn Heise. Derselbe hält diesen Aufruf für verständlich und durch die Verhältnisse geboten. Wie wär's, wenn auch das hiesige freisinnige Bürgerturn, das doch ziemlich trunken ist, sich mit den Hamburger Brauereien solidarisch erklären und jedem Anhänger der „guten“ Sache auferlegen würde, täglich mindestens 6 Liter boykottierten Bieres zu verteilen? Etwaige Bierleihen finden liebevolle Aufnahme im „Bullenstall“ des Schlosses Rosenhal.

Von dem Genossen Wisfel geht uns auf den offenen Brief des Herrn Junge folgende Erklärung zu: „Einen offenen Brief an die Mitglieder sämtlicher Fachverbände in Lübeck veröffentlicht heute Herr Johs. Junge in den bürgerlichen Zeitungen. Er richtet sich an die Arbeiter“ und erwartet Herr Junge von dieser Auffassung, ob sie die gestellten Forderungen der Bäcker gutheißen. Für heute möchte ich jedoch nur einem Satz entgegenreten, den Herr Junge in Bezug auf mich gebraucht. Herr Junge schreibt:

„Jeder Arbeiter, der da denken will und denken darf — am können liegt es wahrlich nicht! — wird mir erlauben, in Bezug auf die Leitung des Fachverbandes der Bäcker ein Wort zu variieren, daß der Arbeitersekretär Herr Wisfel hinsichtlich der kleinen Bäckereien in der Versammlung im Circus Reutertrug gebrauchte: „Eine solche Verhandlung, die sich so Ungeheuerliches leistet, hat ihre Existenzberechtigung verloren.“

Herr Junge will ein Wort von mir variieren — verändern — und die Form, in der er dieses tut — er bringt den von ihm total veränderten Satz in Gänzfäßen — kann bei nur flüchtigem Lesen seines „offenen Briefes“ den

Eindruck entstehen lassen, daß ich selbst den hervorgehobenen Satz gesprochen haben könnte. Dem gegenüber will ich nur aus den Versammlungsberichten der bürgerlichen Blätter wörtlich zitieren, was diese über meine bezüglichen Worte berichtet haben.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ schreiben: „Interessant war, daß Herr Wisfel sich tatsächlich auch auf den Standpunkt stellte, daß die kleinen Betriebe im Bäckergewerbe heutzutage keine Berechtigung mehr hätten, sondern von der Bildfläche verschwinden müßten. Diesen Kernpunkt seiner Ausführungen, die sich mit den kürzlich von Herrn Allmann im Vereinshaus“ gemachten deckten, suchte er vorsichtiger Weise allerdings zu verschleiern, indem er ihnen die Existenzberechtigung scheinbar nur dann absperrte, wenn sie nicht in der Lage seien, die Forderungen zu erfüllen.“

Der „Generalanzeiger“ schrieb: „Ein Handwerk, das nur durch grenzenlose Ausnutzung der Arbeiter sein Leben fristen kann, das nicht 21 Mt. pro Woche Lohn bewilligen kann, das hat keine Existenzberechtigung verloren, das hat anderen Betrieben Platz zu machen.“

Und die „Lübecker Nachrichten“ sagten in ihrem Referat über meine Ausführungen:

„Wenn die Bäcker die Forderungen nicht bewilligen könnten, dann hätten sie ihre Existenzberechtigung verloren.“

Herr Junge versteht es meisterhaft, seine Worte zu setzen, oder richtiger, Herr Junge versteht es meisterhaft, seine Erklärungen schreiben zu lassen. Aber auch der Schreiber des Jungeischen „Offenen Briefes“ wird die Wahrheit nicht in das Gegenteil verkehren können. Im Uebrigen wird Herr Junge die Antwort auf seinen Brief seitens der Beteiligten erhalten.

Achtung, Hafnarbeiter! Seit Montag, den 30. Mai d. Js., sind in Hamburg die Kohlen-Altford-Schauerleute von dem Verein der Importeure englischer Kohlen“ angehörenden Unternehmern ausgeperrt. Zum 28. Mai hatten sie ihre Zugehörigkeit zu einer im Jahre 1897 zu dem ausgesprochenen Zweck, jede freie, selbständige Handlung der Kohlen-Altford-Schauerleute zu unterbinden, errichteten Sparkasse oder besser Zwangskautionskasse gekündigt, weil ihnen ein freies Arbeitsverhältnis lieber war. Die durch die Zwangskasse hervorgerufenen Verhältnisse waren unerträglich geworden, deshalb kündigten von 370 Mitgliedern 329 ihre Mitgliedschaft. Die Unternehmern versuchen, den Konflikt zu einem Streik zu steuern, der von den Kohlen-Altford-Schauerleuten in trivoler Weise vom Zaune gebrochen sei. Das ist aber eine grobe Unwahrheit, dazu verbreitet, um die Schuld an den zweifellos entstehenden Mißheiligkeiten auf die Arbeiter abzuwälzen. In England haben die Unternehmern die Nachricht verbreitet, daß seitens der Arbeiter in der nächsten Zeit auch die Betriebe gesperrt würden, die dem Verein der Importeure englischer Kohlen“ und dem Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona nicht angehören. Das ist eine ebenso grobe Unwahrheit! Die Kohlen-Altford-Schauerleute befinden sich nur mit den Mitgliedern des Importeurverbandes in Konflikt, weil letztere die Zwangskasse wieder einführen wollen, die ersteren hingegen zum zweiten Mal ein solches Abhängigkeitsverhältnis nicht wieder eingehen werden. Nach vorgestern haben die Arbeiter öffentlich erklärt, daß sie bereit seien, die Arbeit ohne die geringste Verringerung an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen fortzusetzen, die Unternehmern setzen aber die Aussperrung fort und versuchen, von auswärts Arbeiter heranzuziehen. Wir ersuchen deshalb die Arbeiterpresse um Abdruck dieses Berichts. Hafnarbeiter, haltet unter allen Umständen den Bezug fern! J. Döring, Vorsitzender des Hafnarbeiterverbandes.

Das Amtsblatt macht in einem längeren Artikel über den Hamburger Brauerstreik und die Lübecker Brauereien, in dem die unferreits schon verschiedentlich wiedergegebenen Tatsachen in arger Weise verdreht worden sind, letztere scharf, auf daß sich keiner von ihnen unterfühle, auf direkten oder indirekten Wegen durch Lieferung von boykottiertem Bier nach Hamburg die Situation für die Streitenden günstiger zu gestalten. Unter Zugrundelegung der von uns aufgestellten und durch das Vorgehen der beiden Hamburger Brauereien bestätigten Behauptung, daß die Arbeitgeber nur einen einzigen Gott, nämlich den Geldbeutel, kennen, beschwört es die hiesigen Brauereien, falls sie Lieferungen nach Hamburg ausgeführt haben, hiervon doch nun Abstand zu nehmen. — Wir wissen nicht, ob dieser Appell in Lübeck überhaupt noch am Plage ist. Sollte das aber dennoch der Fall sein, dann geben wir dem Amtsblatt die Versicherung, daß die Hamburger Wirte, die boykottiertes Bier schenken wollen, solches jetzt auch erhalten können. Nimm doch die Zufuhr auswärtigen Bieres in Hamburg täglich immer mehr zu. Die Hoffnung, daß schließlich ein Biermangel in Hamburg eintreten würde, ist also eine durchaus trügerische.

Die Errichtung einer neuen Straßenbahn über das Gütertor nach Marly, über die in den letzten Monaten schon verschiedene Gerüchte kursierten, ist nunmehr in greifbare Nähe gerückt. Dem Bürgerausschuß lag in seiner getrigen Sitzung ein Senatsdekret vor, dem wir folgendes entnehmen: Der Besitzer der Marlyer Ländereien, Baurat Wallbrecht in Hannover, ist beim Senate um die Erteilung einer Konzession zum Bau und Betrieb einer Straßenbahnverbindung zwischen dem jetzigen — später dem neuen — Bahnhofe und der Kaserne in der Vorstadt St. Gertrud eingekommen. Für das Unternehmen ist die folgende Linienführung vorgesehen: Bahnhof (nach Eröffnung des neuen Bahnhofes von diesem über den Lindenplatz und die äußere Holstenbrücke), innere Holstenbrücke, Untertrave, Bedergrube, Pfaffenstraße, Königstraße, Gürtstraße, Güterdam, Gütertorallee, Mollkestraße, Mollkebrücke, Mollkeplatz, Kaiser Wilhelmstraße, Hövelnstraße, Marlystraße bis zur Mitte der Kaserne, sowie in der Verlängerung der Hövelnstraße bis zu dem auf dem Marlyer Burgfelde zu errichtenden Depot. Bei dem großen öffentlichen Interesse an dem in Aussicht genommenen Verkehrsunternehmen ist der Senat bereit, die nachgesuchte Konzession zu erteilen. Er ist hierzu umso mehr geneigt, als nach dem zwischen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten und dem Baurat Wallbrecht bedingungsweise abgeschlossenen Vertrage vom 19. Mai d. Js. der Unternehmer sich verpflichtet hat, den gesamten zum Straßenbahnbetriebe erforderlichen elektrischen Strom aus dem städtischen Elektrizitätswerke zu entnehmen, wodurch diesem ein ständiger Großkonsum erwächst, der für die ganze Anstalt von erheblichem Vorteile werden muß. Nach § 23 der der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft am 17. April 1893 erteilten Konzession erhält diese während der Dauer der Konzession das Vorrecht in Bezug auf den Bau und Betrieb der in der Stadt oder zwischen der Stadt und den Vororten anzulegenden elektrischen Bahnen und sonstigen Kleinbahnen ohne Rücksicht auf die aufzuwendende Betriebskraft, und zwar derart, daß ihr Mitbewerbern gegenüber der Vorrang eingeräumt wird, sofern sie innerhalb der vom Senate ge-

stellten Frist sich bereit erklärt, die den Mitbewerbern zu stellenden Bedingungen auch ihrerseits zu erfüllen.“ Mit Stelle der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Berlin ist seit dem Jahre 1894 die Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft zu Berlin getreten. Dieser wird daher Gelegenheit zur Erklärung darüber zu geben sein, ob sie von dem ihr zustehenden Vorrecht Gebrauch zu machen wünscht. Die Erklärung hat innerhalb eines Monats zu erfolgen. Nach zweifelhafter Beratung empfahl der Bürgerausschuß einen diesbezüglichen Antrag der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung. Diese wird sich jedenfalls schon am kommenden Montag mit der Vorlage beschäftigen und derselben zweifellos ihre Zustimmung erteilen. Wie verlaudet, soll das Projekt in 18 Monaten zur Ausführung gelangt sein.

Aus dem Gerichtssaal. Ein ungetreuer Kassierer ist der Klempner A. in Stodsdorfer, der sich gekümmert vor der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung zu verantworten hatte. Derselbe war während der Jahre 1901/3 Schrift- und Kassierführer der Stodsdorfer Schweinegilde. In dieser Eigenschaft hat er der Kasse nach und nach zusammen 219,90 Mt. entwendet und buchte diese Summe als angeblich gezahlte Entschädigungen an Gildemitglieder. Außerdem soll er für die Kasse vernehmlich 75,75 Mt. für sich verbraucht haben. Von dieser Anklage wurde er jedoch mangels Beweisen freigesprochen. Jedoch erhielt er wegen der übrigen Unterschlagungen eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Staatsanwalt hatte 1) Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust beantragt. — Ein Dummeringer streich führte den Schulknaben Sch. auf die Anklagebank. Derselbe hat auf die Schienen der von Gremsmühlen nach Timmerdorf fahrenden Eisenbahn große Steine gelegt. Zum Glück wurden dieselben rechtzeitig bemerkt. Das Gericht erkannte auf 20 Mt. Geldstrafe.

Geneesungshaus Westerland. Nachdem die Arbeiten zum Ausbau und Umbau des der Hanseatischen Landesanstalt gehörenden Geneesungshaus Westerland vollendet sind, fand Montag eine gemeinsame Besichtigung desselben durch die Mitglieder des Ausschusses und sonstiger geladenen Herren aus der Gemeinde Westerland statt. Das Geneesungshaus liegt in unmittelbarer Nähe des Nordseebades Westerland auf der nordwestlichen Insel Snt. Ursprünglich gehörte das Grundstück den Kropfer Anstalten; nach deren Rückgang fiel dasselbe im Zwangsversteigerungsverfahren an eine Hypothekengläubigerin, von der es die Hanseatische Landesanstalt erwarb und unter Zustimmung des Reichsversicherungsamtes durch An- und Umbauten zum Zwecke der Heilstättenpflege für weibliche Versicherte einrichtete. Es besteht aus einem massiven Hauptgebäude mit Erdgeschos, zwei Obergeschossen und Dachgeschos. Das letztere ist zum Trockenboden und Lagerraum bestimmt. Von den anderen Geschossen enthalten das Parterre die Zimmer für den Arzt und die Oberin, die Tagesräume für die Pflegerinnen, die Küche, den Speisesaal usw. In den beiden oberen Geschossen sind die Zimmer für die Kranken, 43 an der Zahl; sie sind mit 1, 2 und 3 Betten besetzt und sind zur Zeit zur Aufnahme von 76 Pflinglingen eingerichtet. Die innere Einrichtung entspricht allen modernen Anforderungen und dem besonderen Zwecke der Anlage. — In dem sog. Anbau befinden sich die Heizungsanlagen, die Spül- und Waschküche, die Badeanlage mit 3 Zellen für Warmbäder und 3 Douchen für warme und kalte Brausebäder. Das Wasser wird aus der städtischen Wasserleitung Westerbades bezogen; dasselbe ist von ausgezeichneter Beschaffenheit. Die Abwässer gehen in das städtische Kanalisationsnetz. Die Aborte sind mit Spülklosetts eingerichtet und in allen Stockwerken vorhanden. — Der Mangel an Wäldern auf der Insel, die im Freien natürlichen Schutz bieten, gebot bei dem Ausbau der Anstalt besondere Fürsorge, um den Kranken den Aufenthalt im Freien bei jeder Witterung zu gestatten. An der West- (See) Seite des Hauses sind daher vor allen drei Hauptgeschossen balkonartige überdeckte Hallen angebracht, die von den Zimmern aus zugänglich sind. Diese Hallen finden, wenn nicht stürmische Westwinde herrschen, als Liegehallen Verwendung. Die Aussicht über die Dünen auf das Meer bietet einen besonderen Reiz. Eine zweite geräumige Liegehalle, die nach Süden offen ist, befindet sich an der Ostseite auf dem platten Dach des Anbaus. An der Südseite des Hauptgebäudes ist die große Wandelhalle, vor derselben ist ein ausgebehnter geschützter Platz für Unterhaltungs-spiele im Freien geschaffen. Um den Pflinglingen den Genuß der Seeluft direkt am Strande zu erleichtern, ist dort in der Düne eine aus Holzschwerk hergestellte Halle in Größe 7:10 Meter errichtet. Aufgehende und Strandkörbe sind zur Benutzung für die Kranken aufgestellt. — Die einmaligen Kosten des Erwerbes und Umbaus des Geneesungshaus betragen rund 145 000 Mark, die laufenden Ausgaben bei durchschnittlich zwei Drittel Besetzung jährlich ca. 60 000 Mt., von welchen ungefähr 6000 Mt. durch Zuschüsse der Krankenkassen gedeckt werden. Die Anlage steht unter Leitung des Baderzies Dr. Nicola. — Der Vorstand und Ausschuß der Hanseatischen Landesanstalt haben mit der Erwerbung und Errichtung dieser Heilstätte wiederum Beweis abgelegt, wie jeder für sein Teil bestrebt ist, die Vollmachten, welche der § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes ihnen gibt, zum Wohle der Versicherten anzuwenden.

Die am Mittwoch tagende Kartellversammlung war von mehreren Gewerkschaften nur mit einem Delegierten besetzt, eine kleine Anzahl fehlte gänzlich. Diese Tatsache wurde gerügt; künftig sollen die fehlenden Gewerkschaften veröffentlicht werden. Beim ersten Punkt wurde beschlossen, das Gewerkschaftsfest am 14. August zu feiern. Die Form wird einer späteren Beratung vorbehalten. Der zweite Punkt: „Hamburger Brauerstreik“ rief eine lebhafteste Debatte hervor, deren Wiedergabe hier zu weit führen würde. Man einigte sich schließlich dahin, daß auch fernerhin für jeden Arbeiter, der, wenn er auch selbst einmal bei Lohnkämpfen nicht der Hilfe der anderen Gewerkschaften bedarf, es Ehrenpflicht ist, sämtliche Hamburger Biere als ein Blümen Märch nicht an zu betrachten. Weitere Maßnahmen gegen die Vertreter und Ausschüß der Hamburger Biere werden den beteiligten Gewerkschaften überlassen. Unter den Eingängen wurde in Aussicht gestellt, daß die Streitenden und Ausgesperrten der Werk mit einem Besuch an das Kartell kommen werden, um Bewilligung eines Zuschusses zur Miete für die Verheirateten. Die Vergolder in Berlin stehen 10 Wochen im Streik, sie bitten um Hilfe. Die übrigen Sachen waren ohne Belang.

Die Sicherheit der Passanten des Israelsdorfer und umliegenden Dörfes sollte nach einer uns zu teil gewordenen Mitteilung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Insbesondere war in der Nacht von einem Schußmann behauptet worden, daß er nach seiner eigenen Versicherung von sechs Mann angefallen sei und sich nur mit Mühe und Not nur auf die Straße habe retten können. Seitens des Polizeiamts sind daraufhin Ermittlungen eingeleitet worden und diese haben folgendes ergeben: Am 2. Freitag abends trat bei dem Kirchhof an der Israelsdorfer Allee zu dem patrouillierenden Schußmann ein Mann heran, der

Eine Prophezeiung.

Vor mir liegt, so wird dem „Braunschwelger Volksfreund“ anscheinend von dem Genossen W. Blos geschrieben, ein altes Buch, das vor vierzig Jahren erschienen und gewiß wenigen mehr bekannt ist. Es betitelt sich „Diesseits und jenseits des Ozeans“ und ist herausgegeben von Gustav Strube, dem bekannten Achtundvierziger. Es erschien im Verlag von Feodor Streit in Koburg, wo damals ein Zentrum der bürgerlichen Demokratie war. In dem kleinen Herzogtum Koburg-Gotha konnte unter einem leidlich liberalen Regiment die Presse noch etwas freier atmen, als in dem meisten übrigen Deutschland.

In diesem Buche schildert Strube seine Erlebnisse bei den drei badischen Aufständen von 1848-49, an denen er Teil genommen, sowie seine Gefangenschaft und die Leiden, die er im Exil erduldet, sowie seine Teilnahme am nordamerikanischen Bürgerkrieg. Außer vielem sonstigen Interessanten ist in dem Buche eine merkwürdige Prophezeiung enthalten, die in gewissem Sinne auch in Erfüllung gegangen ist. Wir fassen den Begriff Prophezeiung hier natürlich nicht im abergläubischen Sinn; davon sind wir Sozialdemokraten gemischt rein. Wir verstehen darunter in diesem Fall lediglich, daß man die Entwicklung der Dinge richtig erkennt und daraus auf das Kommen richtig schließen kann.

In dem Buche befindet sich ein offener Brief an den Freiherrn von Bismarck-Schönhausen, der damals als preussischer Ministerpräsident mit der preussischen Abgeordnetenkammer im heftigsten Kampfe lag und durch sein gewalttätiges Regiment alles, was nicht reaktionär war, gegen sich aufbrachte. Der Brief geht von „einigen stillvergnügten Republikanern“ aus und beginnt:

„Mit Aufmerksamkrit haben wir seit Jahr und Tag Ihre Wirksamkeit betrachtet. Wir können nicht leugnen, daß dieselbe uns, wenn auch vermehrt mit bitterer Entrüstung, doch im Ganzen genommen eine gewisse Befriedigung gegeben hat. Unser Freund Friedrich Hecker, dormalen General in der Armee der Vereinigten Staaten und im Feldlager bei Chattanooga stehend, sagte einst in einer Volksrede: Bevor man Euch Deutschen nicht Kriemen aus Eurer Haut schneidet und Euch damit durchhaut, erwacht Ihr nicht aus Eurer Trägheit. — Sie sind nun der Mann, der dieses tut. Sie glauben zwar nur im preussischen Interesse zu handeln. Allein das zeretzte Preußenland ist durch keine chinesische Mauer von Deutschland getrennt. Ohne Ihr Wissen und gegen Ihren Willen handeln Sie im Interesse von ganz Deutschland, indem Sie der Demokratie die schwere Hälfte ihrer Arbeit, das Aufregende oder sogenannte Wühlen, abnehmen. Denn wir gestehen gerne ein, daß in dieser Beziehung alle Anderen nur Stümper im Vergleich mit Ihnen sind. Uns bleibt nur die andere Hälfte der Tätigkeit übrig, Klarheit der Begriffe und Organisation in die durch Sie erzeugte chaotische Verwirrung zu bringen.“

Dann heißt es weiter: „Sie allein unter allen Ministern bringen der vertrauensseligen deutschen Nation die feste Ueberzeugung bei, daß der Konstitutionalismus nur leerer Schein ist usw. usw.“

Die derbe Sprache der Achtundvierziger und der beißende Spott sind charakteristisch, wie der, man möchte sagen fröhliche Pessimismus, der aus diesen Zeilen spricht. Zu den Ausführungen selbst muß man freilich bemerken, daß man es mit einer Generation zu tun hat, die heute fast gänzlich ausgestorben ist. Diese bürgerlichen Republikaner waren „stillvergnügt“, indem sie von einer neuen Auflage der Revolution von 1848 träumten. Dieses wichtigste Ereignis ihres Lebens hatte ihre Auffassung so festgenagelt, daß sie die Zeitentwicklung übersehen, die eine Verwirklichung ihrer Träume unmöglich machte. Damals — und das kann

man zur Erklärung dieser Träumereien sagen — waren allerdings seit der Revolution erst sechzehn Jahre verstrichen.

Vor Allen irrten diese „stillvergnügten“ bürgerlichen Republikaner darin, daß sie noch an die Zukunft ihrer eigenen Partei in Deutschland glaubten. Schon der Kampf der Demokratie und des Liberalismus gegen Bismarck im preussischen Abgeordnetenhaus hätte sie davon überzeugen können. Gerade die alte Demokratie wurde damals von Bismarck völlig überwältigt und verschwand unter den Folgen der preussischen Bajonette.

In der Hauptsache hat sich aber die merkwürdige Prophezeiung erfüllt. Die Elemente, welche „Organisation“ und „Klarheit der Begriffe“ in das von Bismarck geschaffene politische Chaos brachten, sind gekommen, nur waren es nicht die „stillvergnügten“ bürgerlichen Republikaner. Es war die Arbeiterklasse, welche nicht die ausgetretenen Pfade der alten überwindenen Parteien beschritt, sondern sich ganz neue Bahnen brach. In den Arbeitern erwachte das Klassenbewußtsein und brachte ihnen die Klarheit der Begriffe, die sie trieb, sich eine Organisation zu schaffen. Und die schufen sie, und was für eine!

Bismarck suchte sich erst der Bewegung zu bemächtigen, und als ihm dies nicht gelang, verfolgte er sie mit einem infernalischen Hasse. Und er sollte über diese Bewegung straucheln und fallen, nicht über die bürgerlichen Republikaner, wie diese träumten. Mit dem Sozialistengesetz trieb er den Konflikt aufs äußerste. Er glaubte, die deutschen Arbeiter würden mit diesem Polizeigesetz dahin getrieben werden, sich in Waffen zu erheben. Dann sollten sie mit Woffengewalt niedergeschmettert werden. Aber die Sozialdemokratie ging nicht in diese plumpe Falle. Sie wuchs von Wahl zu Wahl, und nach zwölf Jahren war man fast allseitig von der Ueberflügelt des Sozialistengesetzes überzeugt. Man war auch überzeugt, daß der Mann, der ohne sich ein Gesetz nicht regieren konnte, fallen müsse. Und er fiel mit samt seinem Gesetz.

Ohne Zweifel wird der künftige Geschichtsschreiber die Wirksamkeit Bismarck's vielfach von denselben Gesichtspunkten aus beurteilen müssen, wie die „stillvergnügten Republikaner“. Die Bismarck'sche Politik war ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Sie brachte das allgemeine Wahlrecht, um das Bismarck'sche Regiment zu befestigen, und verschaffte damit, gewiß wider Bismarck's Willen, den Deutschen eine politische Erziehung, die ihnen keine Macht der Erde mehr nehmen kann.

„Klarheit der Begriffe“ und „Organisation“! Und dahinter drei Millionen Stimmen. Es kam etwas anders, als die „stillvergnügten“ meinten, aber es kam.

Soziales und Partielleben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Salzwedel sind die Maurer, da ihre berechtigten Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt wurden und Einigungsverhandlungen an der Hartnäckigkeit der Unternehmer scheiterten, in den Ausstand getreten. — Der Konflikt bei Garrett Smith u. Komp. in Magdeburg ist, ohne daß es zum Ausstand aller Werkstätten gekommen ist, zugunsten der Arbeiter beigelegt. Die Forderungen der ausständigen Former und Siebereihsarbeiter wurden bewilligt und haben sämtliche Ausständigen die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen. — In Calbe a. S. und Ballenstedt sind Maurerstreiks ausgebrochen. — Der Schmiedestreik in Leipzig ist für die Gefährten andauernd noch im Ausstande. — Am 28. Mai sind bei der Firma Hönisch u. Co. in Niedersiedlich die Former und Siebereiarbeiter in den Streik getreten. Herr Hönisch beabsichtigte, die Akkordpreise zu reduzieren und hat entgegen seinem Versprechen drei Mann gemahregelt, davon zwei Mitglieder

der Kommission, die wegen der Lohnreduktion vorstellig wurde. — Der Ausstand der Tischler bei der Firma Neumann u. Erling in Erfurt, der im ganzen 9 Tage dauerte, hat mit dem vollen Erfolge der ganzen Erfurter genocet. — In Mühlhausen ist ein Streik im Bauhandwerk ausgebrochen. Die dem Arbeitgeberverband angehörenden Bauunternehmer haben nach einem gemeinsamen Beschluß fast sämtlichen organisierten Arbeitern gekündigt oder sie entlassen. — In Dortmund sind die Steinfeger und Kammer wegen Nichtanerkennung des aufgestellten Lohns in den Ausstand getreten. — Der Streik der Maler und Anstreicher in Essen dauert unverändert fort, im Gegensatz zu verschiedenen Meldungen bürgerlicher Blätter, die den Streik für beendet erklärten. Also aufgepaßt! — Die Fensterputzer in Köln sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Tischlerstreik in Zürich ist als beendet erklärt, über die Fabrik von Schneller aber die Arbeitersperre verhängt worden.

Tarifvertrag im Berliner Bäckergerwerbe? Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Dr. v. Schulz fanden Montagnachmittag vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts die in voriger Woche beschlossenen Einigungs-Verhandlungen zwischen den der Innung nicht angehörenden Bäckermeistern und den Vertretern des Bäckergehilfenverbandes statt. Nach eingehender Verhandlung wurden folgende Vorschläge angenommen, über deren Annahme oder Nichtannahme beide Teile bis nächsten Donnerstag dem Einigungsamt Mitteilung machen müssen: Als Minimallohn für die Woche werden gezahlt in Betrieben von 1 und 2 Gesellen 21 Mk., von 3-7 Gesellen 23 Mk., 8 und mehr Gesellen 25 Mk. — Kost und Wohnung dürfen vom Arbeitgeber als Teil des Arbeitsverdienstes nicht mehr gewährt werden. Ausnahmen in letzterer Beziehung können, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse es zweckmäßig erscheinen lassen, bis 1. Oktober d. J. zugelassen werden. 2. Gesellisch zulässige Ueberstunden sind mit 60 Pfg. pro Stunde zu vergüten. Darunter sind über 84 Stunden pro Woche geleisteten Ueberstunden mit einbegriffen. 3. Die Lohnzahlung hat wöchentlich zu erfolgen. 4. An den drei hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) ist jedem Gesellen eine Freinacht ohne Lohnabzug zu gewähren. 5. Es soll ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet werden. 6. Es wird eine Schlichtungskommission gebildet aus 10 Arbeitgebern und 10 Arbeitnehmern unter Vorsitz eines Unparteiischen. 7. Vorstehender Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1906 und läuft immer ein Jahr weiter, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf von einer der beiden Parteien gekündigt wird. 8. Für den Fall, daß zwischen den Innungen und dem Verband der Bäckergehilfen ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, welcher günstigere Bedingungen für beide Parteien enthält, soll dieser Vertrag an Stelle des heute geschlossenen treten. Verbandsvorsitzender Mann u. Hamburg erklärte, wenn auch manches von den Forderungen der Gehilfen abgefrühen sei, wolle er doch bei seinen Auftraggebern für unveränderte Ausnahme des vorstehenden Tarifvertrages wirken. Die Bäckermeister wollten sich über ihr Verhalten zu dem Vertrag in einer Versammlung am Mittwoch schlüssig machen.

Soldaten als Arbeitswillige. In Posen sind die Maler, wie bereits gemeldet, seit dem 14. Mai ausgeheperrt, weil sie sich weigerten einen Rebers zu unterschreiben, durch den sie sich verpflichten sollten, weitere zwei Jahre zu den Bedingungen des alten Tarifs zu arbeiten und dem Zentralverband der Maler nicht anzugehören. Die Arbeitswilligen aus der Provinz, auf die man gerechnet hatte, blieben aus, und nun fand sich die Militärverwaltung als Retter in der Not bereit, den Unternehmern Soldaten zur Verfügung zu stellen. Das paßt den Unternehmern: wenn sich die Arbeiter gegen die Anschläge auf ihr Koalitionsrecht wehren, sorgt die Militärverwaltung für Ersatz. Damit wäre der Zweck der seltsamen Sachhausvorlage auch erreicht. Ob die Arbeiter von ihrem gesetzlichen Recht,

Die Madonna mit dem Rosenbusch.

Eine altklüßige Geschichte von Adolf Paul.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Walter hörte Klaus dieselbe Stimme sagen: „Aber jetzt muß ich armer Teufel da in der Kirche sitzen und mich in meiner eigenen Mutterprache, vor Nachbar und Nachbarin, für alle meine Sünden ausschelten lassen, daß es eine Schande ist. Und da soll ich einer nicht ärgern, — da soll einer noch die Andacht bewahren! Ich, Gott bewahre! — Und nun das mit dem Abendmahl. — Das hat ja seinen Sinn, und ich war auch immer dafür, daß die Pfaffen den Wein nicht allein austrinken sollten, sondern daß ein anderer Sünder auch einen Schluck mit abtrügen sollte. Aber wo ich doch nichts abtrüge. Du lieber Gott, kaum hat er mir den Kelch an den Mund gesetzt, so ist er wieder weg, — und köllisch gut paßt er auf, daß einem nichts über die Lippen kommt. Keinen Tropfen hab ich je gekriegt, und neben mir kriegt der Nachbar und sucht in sich hinein, weil's ihm auch so ging, und auf der anderen Seite kriegt ein anderer und suchelt mit den Lippen und versucht die Rante des Kelches zu erschöpfen, um dem Hochwürden ein paar Tropfen mehr abzuschwabbeln. Na, da soll einer dabei an seine Seligkeit denken! Nein, da muß ich sagen, — dann ist mir lieber, der Pfaff trinkt wieder allein für alle, — da kann man sich wenigstens daran erbauen, zu sehen, wie er sich einen Ordentlichen nimmt, und auch den Durst danach kriegen. — Na, — nun wird's ja wieder gut, — nun kommt's wieder in's alte Gleise. Sag einer, was er will, aber ich freue mich, daß wir wieder den alten Kist haben, und daß Brömse wieder kommt. Und das sage ich auch: Brömse ist gut, ein Praktiker ist er, vom alten Schrot und Korn. Bei dem war's wenigstens ein Regiment, und ein jedes Ding hatte seinen Platz und seine Ordnung, — aber

jene Gläubiger, Wallerweber und — — Na, komm Gevatter, — von jenen reden wir anständigen Leute nicht.“

Klaus verließ seinen Posten und ging weiter. Er hatte genug gehört.

Also um Brömse zu empfangen, darum hatte sich alt und jung in's Feiertagskleid geworfen, darum war die Stadt wie zum Feste geschmückt, — darum eilten sie alle hinaus vor's Tor! Es sollte alles wieder wie ehedem werden!

Na — ihm was's recht, daß der Alte kam! Jetzt war ja der Altar in seiner Grabkapelle fertig, und er kam wie gerufen, um ihn in Empfang zu nehmen. Zufrieden würde er sein, — außer sich vor Staunen und Freude über das Wunder, das sich in seiner Abwesenheit vollzogen hatte. Denn, dachte Klaus — und das durfte er sagen, obwohl er's selbst geschaffen hatte, — von allem, was er auf seinen Reisen gesehen hatte, kam nichts dazwischen auf, auch im entferntesten nicht. Es war aber auch aus dem tiefsten Leibe geboren, aus tiefster Nacht hatte es sich in's Licht emporgelungen, und der Schöpfer hatte ihm große Gnade erwiesen, da er ihm gefallt hatte, es zu vollenden und es jetzt so gnädig fügte, daß derjenige Mensch, der von allen hier das feinste Verständnis dafür haben konnte, gerade jetzt aus der Verbannung zurückkehrte, als Sieger über seine Widersacher, in empfänglichster Laune, um mit ihm für die Vollendung des großen Werkes zu danken. Denn ein großes Werk war's. Nach langer Prüfung sollte wieder die ehrwürdige Lehre, die allein es nicht verächtete, auch die Kunst als Helferin heranzuziehen, um zu den Herzen der Menschen zu sprechen, — sie sollte wieder in Ehren eingesetzt werden durch Brömse, — und er, Klaus, kam ihm entgegen mit einem Werke, — das schon den Weg in den Herzen der Mitbürger gebahnt und geebnet hatte, und hatte ihnen das Idol gekent, um das sie sich scharen konnten. So hatte er, ohne es zu wollen, für die alte Lehre besser vorgearbeitet, als weltliche Gewalt und obrigkeitliche Verordnungen es je vermocht hätten. — Das

Herz schwoh ihm vor Freude im Busen, und, allen voran, fürchte er, — ein Triumphator dem Triumphator, — ein Befreier dem Befreier jauchzend entgegen, um ihm auch hier draußen den lautesten Gruß zu bringen.

Aber am Fuß eines die Aussicht über den Weg ver-sperrenden Fügels wurde er angerufen.

Er blieb stehen und sah sich um. Der Beichtvater war's. — Klaus nickte ihm freundlich zu und gab ihm die Hand. Jener aber nahm sie nicht. Erkannt sah er ihn an und begegnete seinem ernsten Blicke.

„Du lebst noch mit ihr?“

„Warum sollte ich's nicht?“

„Du tust es, — obwohl du jetzt Bescheid weißt?! Früher — nun, da wußtest du nicht, wie es war, — da mochte es dir nachgesehen werden können. Aber jetzt weißt du, wer sie ist, und behältst sie bei dir und lebst mit ihr, als sei sie dein Eheweib.“

„Und bald werde ich auch einen Erben haben, verlaß dich darauf“, lachte Klaus voll Uebermut.

„Mit vollem Bewußtsein tust du, — was Todfünde ist, und was nie auf Gnade hoffen kann.“

„Geh mit der Geschichte, — kram sie andern aus, — ich glaube nicht daran, — ich glaub's nicht. Hörst du, — es gefällt mir nicht, daran zu glauben, und also ist es nicht wahr. Und zwar mit ebenso großem Rechte, wie es dir wahr ist, weil es dir gefällt daran zu glauben.“

Aber du wirst in der Hölle siedeln, — weil du eine arme Frau hier gequält und halb wahnsinnig gemacht hast, bis sie schließlich fest an jenes Schauerwärdchen glaubte. Aber dessen sei gewiß, — wenn sie von den Toten auferstünde, — sie, die einzig und allein das entscheidende Wort sprechen konnte, — und wenn sie mir auch sagte und auf ihre Seligkeit beteuerte, es sei wahr, ich würde ihr antworten: „Ich, dein Kind, sage dir, es ist nicht wahr und kann nicht wahr sein, und was du jetzt sagst, sagst nicht du, sondern jener, der deinen Geist verführte und dir die W.“

sich zu organisieren, Gebrauch machen dürfen, würde dann noch lebhaft von dem guten Willen der Arbeitgeber und der Militärbehörde abhängen. Eine Beschwerde gegen die Verwendung von Soldaten ist bereits bei dem kommandierenden General Herrn v. Stülpnagel in Posen eingeleitet worden; ob aber die Soldaten daraufhin zurückgezogen worden sind, davon sind wir zur Zeit noch nicht unterrichtet.

Das Kapital kennt kein Erbarmen! Ein eigenartiger Fall von Arbeiterentlassung wird unserm Brüberblatt in Dessau (Anhalt) von den Greppiner Werken gemeldet. Zwei Arbeiter hatten die fürchterliche Verbrechen begangen, während der Arbeitszeit ein paar Bissen Brot zu essen, weil an den Sonabendnachmittagen ohne Vesperpause durchgearbeitet wird. Die betreffenden Arbeiter hatten jedoch das Unglück, vom Ingenieur auf „frischer Tat ertappt“ zu werden, was zur Folge hatte, daß ihnen sofort gekündigt wurde, trotzdem beide 22 Jahre auf genanntem Werke beschäftigt sind und jederzeit ihre volle Schuldigkeit getan haben.

Einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist Genosse Robert Fette vom „Volksblatt“ in Halle a. S. In gutem Glauben veröffentlichte er nach den Angaben eines Arbeiters Kunde einen Artikel, nach welchem der Polizeiergent Langerhans den Kunde ohne Veranlassung schwer mißhandelt haben sollte. Als Genosse Fette Montag vor der Strafkammer stand, mußte der Zeuge Kunde zugeben, den Angeklagten nach allen Regeln der Kunst belogen zu haben. Auch Staatsanwalt Schlüter nahm an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, beantragte aber trotzdem 4 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis.

Attentat auf die ungarische Arbeiterpartei. Die „Budapester Volksstimme“ schreibt: „Von besinnformierter Seite erhalten wir die Nachricht, daß man im Ministerium des Innern das folgende gegen die Arbeiterbewegung plant: die Verhaftung sämtlicher Mitglieder der Parteileitung; die Beschlagnahme der Parteikasse; die Schließung der Fachvereine. Zur Durchführung dieses Planes wartet man im Ministerium des Innern und bei der Polizei nur auf einen Vorwand.“ — Die ungarische Regierung scheint das Bedürfnis zu haben, die horige Arbeiterbewegung durch Gewalttätigkeiten zu stärken. Dies wird ihr mit derselben Sicherheit gelingen, mit der es — andern Regierungen, die sich freilich nicht „liberal“ schimpfen, auch gelungen ist.

Der Kampf gegen die giftigen Bleifarben. Eine Darlegung der Bewegung gegen die Verwendung der Bleifarben, eine Aufstellung des Umfangs der Bleivergiftung und ihrer Folgekrankheiten, eine Begründung der Notwendigkeit des reichsgesetzlichen Verbots der Bleifarbenverwendung. Herausgegeben vom Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. Kommissionsverlag von Rich. Wipplisch, Leipzig, Langestraße 27. Preis brosch. 75 Pfg. (Porto 10 Pfg.) Neben der Bekämpfung der Lungenentzündung, der Bronchitiden und der Bartramie ist es die Bleivergiftungsgefahr, die das öffentliche Interesse in hohem Maße wahrzunehmen hat. Erst in den letzten Jahren hat man erkannt, daß die Bleivergiftungen an Zahl einen immer größeren Umfang annehmen und immer mannigfaltiger auch in ihren Folgekrankheiten werden. Statistische Ermittlungen ergaben, daß der weitaus größere Teil der Bleivergiftungsfälle in der Verarbeitung bleihaltiger Farben, wie Bleiweiß, Messing usw., seine Ursache hat. Während für die bleifarben erzeugende Industrie bundesrechtliche Verordnungsmaßnahmen eingeführt sind, fehlen diese den bleifarbenverarbeitenden Handwerkern mit wenigen Ausnahmen. Diese wenigen Ausnahmen aber haben gezeigt, daß hier die Prophylaxis von keinem nennenswerten Nutzen ist. Und zwar deshalb, weil die bleifarbenverarbeitenden Handwerker nicht stabile Arbeitsplätze haben, die die Verbedingung einer erfolgreichen Prophylaxis sind. Die Arbeitsstätten des Malergewerbes z. B. wechseln fast täglich und immer haben sie provisorischen Charakter; die Durchführung von Verordnungsmaßnahmen verbietet sich da von selbst. Die einzige Lösung der Bleiweißfrage ist, die Bleifarbenverwendung überhaupt anzuhängen, eine Forderung, die namentlich berechtigt ist, als es sich um ein so allgemeines Übel handelt, wie die Bleiweißen durch vollstämmig gleichwertige, aber angifftige Farbstoffe zu ersetzen. In der uns vorliegenden Broschüre wird diese Forderung des Bleifarbenverbots, dem sich auch die Internationale Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz angeschlossen hat, an der Hand eines reichen, überzeugenden statistischen Materials begründet. Die statistischen Zahlen

entstammen offiziellen Krankentafeln, sie sind also einwandfrei und erzählen uns von einer gewaltigen Summe von Krankheit und Leid durch die Bleivergiftungen und ihre Folgekrankheiten hervorgerufen, wobei man wohl wünschen muß, daß diesen traurigen Erscheinungen durch ein Bleifarbenverbot die Ursache entzogen wird. Cessante causa; cessat effectus!: Die Wirkung schwindet, sobald die Ursache entfernt ist!

Ein Novum auf dem Gewerkschaftsgebiete. Die Berufsorganisation ist für den Schutz der Berufsgenossen fast unentbehrlich. Die Arbeiterschaft hat damit begonnen, und in den übrigen Ständen legt sich jetzt die Einsicht von der Notwendigkeit derartiger Organisationen ebenfalls durch. So hat sich kürzlich ein „Bund der industriellen Beamten“ aus den Kreisen der Ingenieure, Techniker und Chemiker gebildet, der bereits 2000 Mitglieder zählt. Er umfaßt alle Kategorien vom Dr. ing. und Diplom-Ingenieur bis zum Zeichner. Das Programm des Bundes erläutert folgendes Schriftstück: „Wir bringen hiermit allen unseren Kollegen sowie der großen Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß wir vor einigen Tagen eine Berufsorganisation mit dem Namen: Bund der industriellen Beamten (Arbeitnehmerbund) und dem Sitz in Berlin gegründet haben, zu dem Zwecke, der technischen Arbeit eine Stellung zu schaffen, welche ihrer weiteren Benützung im Erwerbsleben entgegensteht. Unser Bund soll kein Verein, sondern eine Organisation sein, ohne politischen Charakter, jedoch mit einer scharf ausgeprägten wirtschaftlichen Tendenz. Unser Programm einer wirtschaftlichen Sanierung des Berufes ist — leider — ein sehr großes. Neben regster Tätigkeit wollen wir uns selbst durch unsere Menge jene Fürsorge schaffen, die den Arbeitern von den Arbeitgebern und dem Staate zugestanden wurde. In erster Linie ist es unsere Pflicht, uns einen Zentral-Arbeitsnachweis und einen Unterstützungsfonds für Notleidende, unverändert erwerbslos gewordene Mitglieder zu schaffen.“ Dieser Bund nimmt damit den Kampf um die Lebensstellung einer Berufsgruppe auf, die für das Wirtschaftsleben der Gegenwart und Zukunft von eminenter Bedeutung ist. Die technischen Angestellten der Industrie wurden durch die große Produktion an Kräften seit Jahren sehr herabgedrückt, und es liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit, wenn es ihnen durch eine kräftige Organisation gelingt, diesem Druck zu wehren und das Niveau ihrer wirtschaftlichen Existenz zu steigern. Damit ist aber zu hoffen, daß sich in diesen Berufsgruppen auch das Verständnis für den Kampf um eine bessere Lebensstellung der Arbeiter mehr wird und damit neue Vermittlungsglieder zwischen Unternehmer und Arbeiter entstehen, die als die natürlichen Anwälte dazu berufen sein müssen, auf eine gerechte Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse hinzuwirken.

Sozialreform in Frankreich. Seitdem Millerand dem Ministerium Combes von der Parlamentarität herab den Vorwurf gemacht hat, es habe über den Kampf gegen die Materialen die sozialen Reformen ganz vernachlässigt, sind die nationalpolitischen Demagogen nicht müde geworden, diese Angriffe Millerands zu wiederholen und auszunützen. In einem Artikel in Faurès' „Humanité“ führt nun Albert Thomas den Nachweis, daß Millerands Ausfall gegen das jetzige Ministerium ganz ungerechtfertigt war. Nicht allein, daß die von Millerand eingeführten Reformen erhalten und weiter ausgebildet sind, seien auch verschiedene neue Schritte für die Arbeiterschaft erlassen worden. Die Periode Millerand habe sich bemerkbar gemacht durch eine strengere Durchführung der Fabrikgesetzgebung und damit durch eine hohe Ziffer von Verurteilungen der Unternehmer; Thomas weist zahlreich nach, daß die strengere Ueberwachung der Fabrikbetriebe auch unter dem gegenwärtigen Ministerium andauernd. Sodann führt er das Gesetz vom 11. Juli 1903 an, nach welchem die Bestimmungen über die Sicherheit der Arbeiter und die Vorschriften sanitärer und hygienischer Natur, die bis dahin nur für die industriellen Betriebe galten, auf alle handels- und Nahrungsmittelebetriebe auch auf alle staatlichen Betriebe ausgedehnt wurden. Die Stellung des jetzigen Ministeriums gegenüber den Arbeiterorganisationen ist nach Thomas eine viel freundlichere geworden. Währenddem das Ministerium Waldeck-Rousseau z. B. den Streik und Hoolbeamten die Gründung einer Organisation unterjagte, habe das Ministerium Combes in seiner Gesamtheit den Arbeiterorganisationen die größte Freiheit gelassen. So hat z. B. der Marineminister unterm 25. Oktober 1902 die Admirale, Marinepräfecten und Betriebsdirektoren angewiesen, „daß sie keinerlei Grund haben, mit den gewerkschaftlichen Organisationen ihrer Untergebenen nicht in Verbindung zu treten“. Für gewisse Beamtenkategorien verbietet das Gesetz von 1884 die Grün-

zung von Organisationen; diesen aber habe die Regierung den Rat erteilt, sich das Vereinsgesetz von 1901 zu nütze zu machen, welches ihnen fast die gleichen Vorteile gewährt. Thomas zählt sodann noch die verschiedenen Verbesserungen auf, welche im Ressort des Krieges und des Marineministeriums vorgenommen worden sind: In den Marinewerkstätten der achtsündige, in den Kriegswerkstätten und in der Nationaldrucker der neunsündige Arbeitstag usw.

Merkwürdiges aus Sachsen. Ein in dem realen Sachsen nicht übliches, jedoch sonst selbstverständliches Gebräuch erhielt das Begräbnis des Parteigenossen und Gemeinderatsmitgliedes Karl Klotz am 27. Mai. Klotz, der Kassierer des Konsumvereins St. Peter in Leipzig war, auch dem Vorstande des Arbeitervereins angehörte, gehörte seit Jahren dem Gemeinderat als Mitglied an. An seinem Begräbnis beteiligte sich der gesamte Gemeinderat mit dem Gemeindevorstand an der Spitze, die Lehrer des Schulausschusses, ferner gaben zwei Schulleute ihm das Ehrengelicht. Der Gemeindevorstand hielt am Grabe eine Ansprache und legte einen Kranz nieder.

Ein Nothelfer auf der Anklagebank. In Mühltröppel im Vogtlande lag sieben Monate lang der überreichliche Parteigenosse Söfel krank danieder. Als er sich endlich genügt sah, um öffentliche Unterstützung nachzusuchen, wurde er — ausgereift. Bei der Matrose in Mühltröppel erinnerte sich ein Arbeiter des tranken, ausgewiesenen Genossen und des Glends seiner kinderreichen Familie und er veranstaltete eine Sammlung zu seinen Gunsten unter den Freunden des Ausgewiesenen. Obwohl diese nur 2,20 Mk. ergab, wurde dem Genarmen hinterbracht, daß eine unerlaubte Geldsammlung veranstaltet worden war. Auf dessen Anzeige hin ist ein Strafverfahren gegen den Geldsammler eingeleitet worden. Man weiß den tranken Arbeiter aus und vergißt nicht sein Glend, den Nothelfer schleppt man auf die Anklagebank und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Aus Nah und Fern.

Die Furcht vor der Öffentlichkeit. Vor dem Divisionsgericht in Ulm hatte sich, wie schon kurz gemeldet, am Freitag der Leutnant Haupt vom Infanterieregiment Nr. 123 zu verantworten, der in bezug auf Soldatenmißhandlung ein Erledliches geleistet hatte. Nachdem er von einigen der unter Anklage gestellten Fälle freigesprochen war, blieben immer noch 54 Vergehen der vorläufigen körperlichen Mißhandlung, 9 Vergehen der Vergehen der Verleibigung, 6 Vergehen der vorchriftswidrigen Behandlung und 3 Vergehen der unbefugten Annahme einer Strafgewalt, wovon eines zusammenfallend mit der Anstiftung eines Untergebenen zu einer strafbaren Handlung. Die Verhandlung und Urteilsbegründung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; das Urteil lautete, wie bekannt, auf 9 Monate Festungshaft. Hoffentlich läßt die Begnadigung nicht lange auf sich warten, damit dieser liebevolle Vorgesetzte recht bald den ihn mit Sehnsucht erwartenden Untergebenen wiedergegeben wird.

Der Popf, der hängt ihnen hinten. Das Oberste Landesgericht in München hat in einem Spezialfalle ausgesprochen, daß eine Ärztin, welche die ärztliche Prüfung bestanden hat, Geburtshilfe nicht leisten darf, wenn sie nicht die Approbation als Hebammen habe, obwohl sie sich über höhere Kenntnisse auszuweisen hat, als Hebammen sie besitzen. Die Gewerbeordnung kenne nämlich nur Hebammen, keine Ärztinnen als Geburtshelferinnen. Die Ärztin ist also strafbar, der Arzt nicht. Auf Versehen und Können kommt es eben nicht an, nur auf den geschriebenen Fettel, den man Approbation nennt. So will es die Justizordnung.

Fünfzehn Paar Zwillinge. Seit den Tagen des Alten Testaments haben sich wenige Männer einer so starken Nachkommenschaft zu erfreuen gehabt, wie der jüngst verstorbene Mr. John Jonas aus Chester, einer Stadt in England, die sonst nur wegen ihrer Käse berühmt geworden ist. Die Gattin des Herrn Jonas wurde Mutter von 33 Kindern, die sämtlich lebend geboren und getauft wurden. Freilich starb die Mehrzahl von ihnen, bevor sie mündig wurden. Fünfzehnmal hatte Mrs. Jonas das Glück, ihren Gatten durch Zwillinge zu erfreuen. Zurzeit leben noch 10 von diesen Kindern.

Eine Fabrik zur Erzeugung von Alkohol aus Torf, Flechten, Moos u. s. w. soll auf einem großen Moor in der Nähe von Aalborg (Jütland) errichtet werden.

Grönland zählt, nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung, 11 893 Einwohner; die größte Ortschaft ist Sukker-toppen mit 382 Köpfen.

weist nach, er redet das alles aus seinem Munde. Das würde ich für anstößig halten.“

„Nad doch — würde es bleiben, wie's ist, und nicht wüßtest du dadurch daran ändern. Ich aber sage dir, die Stunde wird kommen, wo du sie aus dem Grabe herbeirufen wirst. Du siehst doch die Zeichen, und wo du es wenig bezweifelst, ist der Mann gekleidet zu haben, als es noch Zeit war, und als sie noch reden konnten. Denn eher, als du denkst, wirst du im Grabe liegen! Der Fluch wird dich treffen und dich mitten in deinem höchsten Hoffnungen zu Boden werfen, und du wirst abwärts sinken der Herr dieses Schicksals sein zu wollen. Hast der Dämon dessen, der allein der Herr ist, und der dir den Fluch der Hölle zeigt, der du noch zu geben hast. Du wüßtest nicht sehen, — aber einmal wirst du sehen müssen. Und dann ist es zu spät. — dann wirst du einsehen müssen, daß du einen Weg betreten hast, auf dem es kein Zurück gibt.“

„Nad aber laßte und hörte ich den Mann und ging weiter den Abhang hinan. Dort oben blieb er stehen und schaute zurück.“

Die ganze Stadt brüllte sich ihm zu Füßen aus, in der Sonne leuchtend wie ein ungeheurer Schuppenpanzer von riesigen Mäusen, Löwen und Dächern, aus dem, wie riesige Drachen, sich riesige Spinnen die Felsenkämme hinstreckten, und rings herum das Meer rauschte und die ungeheueren Felsen, behäutet wie ein Meer und ungeheurer Wasser, ganz wie auf dem Festland zu Hause bei ihm, — ganz wie dort, aber mit dem Himmel als Dach und der Sonne als Kronleuchter, und Sankt Jorgens mit dem Drachen unheimlich im Hintergrund, die sich dort im Meer

drohend zusammenballten, dann und wann mit einem zuckenden Blitz aus der Ferne grüßend und mit einem immer schwächeren Donner daran mahnend, daß ein neues Gewitter kommen könnte, um das Werk des abziehenden fortzuführen.

Aber niemand kümmerte sich darum, weder der Künstler, der alles genießend dort oben stand, noch das tanzende, spielende, fest große Volk und auch nicht die saharngeschmückte, leuchtendfarbige Stadt, die dort unten zwischen ihren beiden Flüssen träumend lagte.

Klaus konnte sich nicht vom dem Ausblicke losreißen, — immer wieder genoss er ihn mit einem Augenblicke. Da, auf einmal klopfte eine die, weiße Rauchwolke vom Wall heraus, — ein schwarzer Knall. — dann noch einer, und dann noch einer, — die schwärzliche Stadt bekam höflich Stimmen, von allen Tümen lütelte die Glocken, — wie vom Trübel gewandt erhob sich ein Windstoß, die Fahnen flatterten, die Menschen schrien, — ein letztes Donnern des abziehenden Gewitters, kein Zweifel: das Ereignis war da.

Janis des Hügels sah er's schon kommen. Eine gewaltige, glänzende, herrliche Schär — mit Panten und Hosen und schmetternden Trompeten, allen voran der Herr des Kaisers, ihm zunächst der Knappe der dahongelassenen und also zum Ritter geschlagenen Magnifizenz, den Schatz mit dem funkelnägeligen Besatzschwappen tragend, dann der Vizekönig seinen Herren, der Stadthauptmann in Rappen, und ihm zur Seite, hoch zu Ross, der Trümpfhalter, Herr Nikolaus Brönke selbst, dem der glänzende Empfang keine geringe Genugung bot.

Als dem glänzenden Tare zog ihm eine andere Schär entgegen. Dazwischen und zu Fuß, aber in voller Aus-

tracht, kam da der gesamte neuangelegte alte Rat, mit dem großen Siegel und den Schlüsseln der Stadt. Der Zug hielt, — ein schmetternder Trompetenschlag, und alles schweig.

Der Herr des Kaisers trat feierlich hervor und verlas mit weithin schallender Stimme eine kaiserliche Verordnung, worin bei schwerer Strafe den Bürgern befohlen wurde, die rechtgläubige Lehre und die alte Ordnung wieder einzuführen und die katholische Priesterschaft in ihre Rechte wieder einzusetzen.

Der Herr des Kaisers, die Bürger gleichfalls, der feierliche Zug kam wieder in Bewegung, die aufgeregte Menge wogte hinterher, als erster unter allen Klaus. Und so zog der oberste Vertreter des Altgebrachten unter Glockenklang und Hölleerschüssen, mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel, wieder in die Vaterstadt hinein, um das Rad der Zeit mit vernünftiger Hand zu packen und den üblichen Versuch zu machen, nach Menschenart, Geschick und Ungeschick zu machen.

Durch die Mühlenstraße ging's bis zum Ringenberg, den Dom ließ seine Magnifizenz in Gnaden links liegen, weil noch keine katholische Priesterherrschaft bereit stehen konnte, ihr mit brennenden Kerzen und Le Damm den Willkomm zu bieten. Auch das geschändete Rathaus und die Stätte des Abfalls, die stolze Marktkirche, würdigte er keines Blickes, sondern bog in die Königsstraße hinein, geradewegs zur Jakobische hin, um zuerst seinen Augen den Straß zu entbieten und an ihren Gräbern still zu beten.

(Fortsetzung folgt).